

28.05.2015

Niederschrift 002/2015

Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung
am 12.05.2015 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 18:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Chur

Kreistagmitglieder SPD

Herr Martin Blom

Vertretung für Frau Aileen Droll

Herr Udo Holz

Vertretung für Herrn Gerd Oldenburg

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Frau Manuela Werbinsky

Herr Uwe Zühlke

Vertretung für Herrn Achim Schwarz

Sachkundige Bürger/innen SPD

Frau Marie-Luise Scheideler

Kreistagmitglieder CDU

Frau Annika Dresen

Frau Claudia Gebhard

Vertretung für Herrn Olaf Lauschner

Herr Gerhard Meyer

Vertretung für Herrn Hubert Hüppe

Herr Hakan Namlisoy

Frau Ursula Schmidt

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Marco Morten Pufke

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Vertretung für Herrn Jochen Nadolski-Voigt

Frau Ilka Brehmer

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann

Vertretung für Herrn Jürgen Kleine-Frauns

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

Gäste

Frau Iris Lehmann, Wohnberatung Ökumenische Zentrale gemeinnützige GmbH für Altenhilfe
Frau Ursula Landskron, Schulleiterin Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule
Frau Antonie Hoer, stellvertretende Schulleiterin Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule
Frau Kornelia Henning-Puls, Schulleiterin Karl-Brauckmann-Schule

Verwaltung

Herr Torsten Göpfert, Dezernent
Herr Norbert Diekmännken, Fachbereichsleiter
Frau Heidi Bierkämper-Braun, Gleichstellungsbeauftragte
Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Frau Chur begrüßt die anwesenden Damen und Herren, ganz besonders Herrn Torsten Göpfert als neuen Dezernenten, und eröffnet die Sitzung. Sie teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 30.04.2015 verschickt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|--|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | 056/15 | Jahresbericht der Pflege- und Wohnberatung im Kreis Unna |
| Punkt 3 | 053/15 | Fortführung des Modellprojekts "Schulbegleiter" an den kreiseigenen Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt "geistige Entwicklung" |
| Punkt 4 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--|--|
| Punkt 5 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|----------------|--|--|

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 056/15 Jahresbericht der Pflege- und Wohnberatung im Kreis Unna

Erörterung

Frau Chur teilt mit, dass der heutige Tag „Internationaler Tag der Pflege“ sei. Diese schwierige Aufgabe der Pflege würden viele Menschen leisten, ob in Krankenhäusern, stationären Einrichtungen oder zu Hause. An so einem Tag müsse eine besondere Wertschätzung für diese Personen ausgesprochen werden.

Frau Lehmann stellt sich vor und teilt mit, dass sie seit 1992 in der Wohnberatung der Ökumenischen Zentrale und seit letztem Jahr in der Pflege- und Wohnberatung des Kreises Unna arbeite. Sie berichtet anhand einer Folienpräsentation. Diese Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Herr Göpfert führt aus, dass der Bericht von Frau Lehmann deutlich gemacht habe, wie vielfältig das Themenfeld der Pflege- und Wohnberatung sei. Die Thematik müsse gemeinsam nach vorne gebracht und der Haushalt kostenmäßig entlastet werden, denn die Pflege- und Wohnberatung sei im Grunde auch ein Profit-Center für den Kreishaushalt. Er gehe davon aus, dass die Entwicklung sich im Jahr 2015 besser gestalten werde als 2014. Er weist darauf hin, dass es 2014 deutlich weniger Ratsuchende gegeben hätte als 2012. Das betreffe insbesondere den Bereich der Wohnberatung. 2012 hätten rund 2.100 Beratungsgesuche vorgelegen und 2014 nur 834. Begründen könne er diese Zahlen damit, dass 2014 das Aufbaujahr gewesen sei und im Bereich der Wohnberatung ein kompletter Personalwechsel stattgefunden hätte.

Ursprünglich sollten die Wohnberatungsagenturen eigentlich nur mit zwei Stellen gefördert werden, so Herr Diekmann. Das Land und auch die betroffenen Mitarbeiter hätten sich dann aber anders entschieden. Zum Beispiel sei die Wohnberatung in Lünen über mehrere Monate vakant gewesen und die dortigen Öffnungszeiten seien lange Zeit von Kamen aufgefangen worden. Darüber hinaus seien vier neue Wohnberater hinzugekommen, die vor ihrem Einstieg in die Beratung zunächst hätten geschult werden müssen.

Auf Nachfrage von Herrn Stalz (Gruppe Freie Wähler) antwortet Frau Lehmann, dass es sich bei dem überwiegenden Teil der Beratungen um neue Fälle handle, aber es gebe auch durchaus Personen, die mehrfach beraten würden. Des Weiteren teilt sie mit, dass es keine öffentliche Untersuchung zum Personalbedarf pro Einwohner gebe.

Frau Werbinsky (SPD-Fraktion) bedankt sich für den Bericht und teilt mit, dass die Zusammenführung dadurch bestätigt worden sei.

Auf Nachfrage von Frau Werbinsky weist Frau Lehmann darauf hin, dass sich die persönliche Sprechstunde vor Ort in der Entstehung befände. Diesbezüglich verweist sie auf den Flyer „Pflege- und Wohnberatung im Kreis Unna“ und verteilt diesen gleichzeitig an die Ausschussmitglieder. In dem Flyer fehle allerdings noch der entsprechende Einleger, der aber kurz vor seiner Fertigstellung stehe.

Herr Bangert (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet für die nächste Auswertung um Angabe, inwieweit das niedrigschwellige Angebot quantitativ und qualitativ gewährleistet würde. Des Weiteren interessiere ihn, wie sich Multiprofessionalität in Verbindung mit Ehrenamtlichkeit im Vergleich zur früheren Situation darstelle. Abschließend bedankt sich Herr Bangert bei Frau Lehmann für den guten und anschaulichen Bericht.

Frau Lehmann antwortet, dass alle früher über die Psychosoziale Begleitung organisierten Maßnahmen (Gesprächskreise für pflegende Angehörige, Betreuungsgruppen, Gewinnung und Schulung von Ehrenamtlichen, usw.) zwischenzeitlich eingestellt worden seien oder von anderen Arbeitsbereichen ausgeführt würden. Die Psychosoziale Begleitung habe ihren Schwerpunkt auf dem Case Management. Durch Personalwechsel hätte sich Multiprofessionalität bereits ergeben, andererseits habe man den Schwerpunkt im ersten Jahr darauf gelegt, die eigene Fachrichtung kennenzulernen. Daran müsse 2015 sicherlich intensiv gearbeitet werden.

Herr Diekmännken bezieht sich auf das Thema „Multiprofessionalität“ und äußert, dass man sich davon verabschieden müsse, dass jeder alle Beratungsinhalte umsetzen können müsse. Bürger möchten zu einem Schwerpunktthema beraten werden. Wichtig sei daher, dass es je einen Spezialisten für die Wohnberatung, einen für die Pflegeberatung sowie einen Fallmanager gebe. Des Weiteren teilt er mit, dass das Angebot der Außensprechstunden bleiben solle. Allerdings müsse die Resonanz beobachtet werden, um die Wirkung der Außensprechstunde erfassen zu können.

Der Jahresbericht der Pflege- und Wohnberatung im Kreis Unna wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 3 053/15 Fortführung des Modellprojekts "Schulbegleiter" an den kreiseigenen Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt "geistige Entwicklung"

Erörterung

Herr Göpfert führt aus, dass die Schulbegleitung ein schwieriges Thema sei, insbesondere mit Blick auf den Kreishaushalt. Heute sollte das Thema aus dem Blickwinkel des Sozialhilfeträgers betrachtet werden. Man sei gehalten, Kindern und Jugendlichen, die behindert oder von Behinderung bedroht seien, angemessene Eingliederungshilfen zu gewähren. Im Anschluss erläutert er die Drucksache sowie den daraus hervorgehenden Vorschlag der Verwaltung.

Frau Landskron und Frau Hoer berichten anhand einer Folienpräsentation. Diese Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Herr Kampmann (Fraktion GFL-Lünen / UWG-Selm) bedankt sich für den Bericht und führt aus, dass das Modellprojekt aus seiner Sicht problematisch sei. Die FSJ'ler in den Schulen würden in ihrer Aufgabe als Schulbegleitung qualifiziert und das ginge weit über das hinaus was die Schulen eigentlich leisten könnten. In diesem Fall handele es sich um Förderschulen für geistige Entwicklung, aber es gebe auch allgemeine Schulen sowie die Regenbogenschule und er frage sich, ob das Modell auch für diese Schulen anwendbar sei. Rechtliche Dinge kämen auch hinzu, denn es seien Eingliederungshilfen nach § 35 a SGB VIII und nach SGB XII erforderlich. Beide seien Sozialgesetzbücher die einen Anspruch auf individuelle Hilfen festschreiben würden. Und hier stelle sich die Frage, inwieweit man dem Anspruch im Sinne des Gesetzes gerecht würde. Dass die Schule die Unterstützung benötige, sei nicht die Frage. Er nimmt Bezug auf den meist einjährigen Einsatz der FSJ'ler und teilt mit, dass Kinder eine gewisse Kontinuität bräuchten. Der ständige Wechsel bedeute immer einen Einschnitt.

Frau Landskron antwortet, dass die Dauereinrichtung eines Schulbegleiters in der Vergangenheit als nicht förderlich für die Selbstständigkeitsentwicklung eines Kindes wahrgenommen worden sei. Man müsse genau hinschauen, ab wann ein Paarsystem entstehe. Eine Poollösung gebe der Schule die Möglichkeit, aus pädagogischen Gesichtspunkten freier steuern zu können. Das Sozialgesetzbuch stehe auf der anderen Seite.

Heute spreche man über ein Modell für Förderschulen für geistig Behinderte, so Herr Diekmännken. Man habe in den drei Jahren einiges erprobt, befände sich noch mittendrin und wolle weitermachen. Nach der Beendigung werde es ein Modell sein, das nicht ausschließlich auf dem Freiwilligen Sozialen Jahr basiere. Wichtig sei der Einsatz lebenserfahrener Menschen, daher müsse der Pool, neben den FSJ'lern, auch mit Fachkräften besetzt werden. Durch eine andere als die 1:1-Betreuung könnten sich die Kinder besser verselbstständigen. Das Freiwillige Soziale Jahr sei in hohem Maße förderungswürdig, denn es sei gut für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Er bedankt sich bei der Schulleitung für die gute, konstruktive Arbeit, denn ansonsten hätte es nicht so gut funktioniert. Deutlich geworden sei auch, dass es irgendwann zu einer Überforderung der Schule kommen könnte, wenn zum Beispiel 20 bis 25 FSJ'ler zu betreuen wären. Spätestens dann müsse über die Finanzierung einer Koordination durch den Kreis nachgedacht werden. Ihm sei auch durchaus klar, dass die FSJ'ler keine Dauerlösung darstellten.

Frau Brehmer (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich ebenfalls für den Bericht und sieht das Modellprojekt kritisch, aber es gebe bestimmt noch einige Verbesserungsmöglichkeiten. Sie wünsche sich weitere Projekte in diesem Bereich, um Poolösungen auch anders erproben zu können. An der einen oder anderen Stelle könne sicherlich noch einiges vereinfacht werden, zumal das Thema „Schulbegleitung“ für die nächsten 10 bis 20 Jahre ein Begleiter sein werde.

Auf Nachfrage von Herrn Meyer (CDU-Fraktion) teilt Frau Hoer mit, dass hauptsächlich eine Beziehungsaufnahme in das Klassenteam gewünscht sei. Dort existiere eine gewisse Kontinuität, denn die Klasse bleibe drei bis vier Jahre zusammen. Lernanfänger in einer Bindungsphase würden sich an die nächste Bezugsperson binden wie Erzieherinnen/Erzieher, Lehrerinnen/Lehrer und Eltern - FSJ'ler seien ein Teil davon. Wenn eine Bindung, auch zu FSJ'lern, etabliert sei, müsse dies berücksichtigt werden; aber dennoch sei eine Ablösung zum Ende des Schuljahres erforderlich.

Frau Henning-Puls von der Karl-Brauckmann-Schule führt aus, dass sich dort zurzeit sechs FSJ'ler befänden. Die Arbeit wiederhole sich jährlich, auch in den Klassenteams. Seit vier Jahren lief das Poolmodell „3 zu 7“ (3 Integrationskräfte und 7 Schülerinnen/Schüler) und es sei ein gutes Modell. Die dortigen Integrationskräfte seien allerdings für mehrere Jahre da. Mit diesem Modell könne die Betreuung kurzfristig erweitert bzw. verringert werden. Sie unterstütze das Modell und möchte es als positiv herausstellen. Die Weiterführung und Weiterbildung der FSJ'ler mache Spaß, nehme Raum ein und sei aus dem Alltag heraus gewachsen.

Er lehne die Inanspruchnahme von FSJ'lern nicht grundsätzlich ab, so Herr Kampmann. Er hätte die FSJ'ler eben lieber außerhalb von SGB VIII und SGB XII im Sinne von pauschaler Zuweisung zu den Schulen gesehen, so Herr Kampmann. Wenn das nicht ausreiche, dann könnten SGB VIII und SGB XII zum Zuge kommen. Wenn FSJ'ler niederschwellig eingesetzt würden, um Eingliederungshilfe nach SGB VIII oder SGB XII zu verhindern, dann wäre es mit einem anderen Focus verbunden.

Es seien noch viele Fragen offen, aber es stecke viel zu viel Potential dahinter, um das Modellprojekt einfach abzubrechen, so Herr Göpfert. Die Eigenverantwortlichkeit der Schulen müsse gestärkt, dennoch nicht überfordert werden. Der Kreis Unna müsse in seiner Position als Schulträger gemeinsam mit den Schulen den weiteren Weg prüfen. Man müsse gemeinsam Chancen, Risiken und Grenzen finden. Die Verwaltung werde zur weiteren Vorgehensweise berichten.

Beschluss

Das Modellprojekt „Schulbegleiter“ an den kreiseigenen Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ wird bis einschließlich des Schuljahres 2017/18 fortgeführt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig beschlossen (2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
1 Enthaltung der Fraktion GFL-Lünen / UWG-Selm)

Notiz zur Niederschrift:

Im Nachhinein wurde bekannt, dass im Sachbericht, unter Punkt 2.1 (Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz) ein Tippfehler vorliegt. Der Satz muss demnach wie folgt lauten: „Der aktuelle Kostensatz das DRK für den Einsatz eines FSJ'lers liegt bei **710,53 €/Monat** (Stand: 01.08.2014).“

Punkt 4 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Sozialbericht für den Kreis Unna

Frau Bußmann (Linksfraktion) fragt nach, ob es in diesem Jahr einen neuen Sozialbericht geben werde.

Herr Göpfert antwortet, dass die Zuständigkeit beim Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität liege. Er werde sich an Frau Leiß, Leiterin der Stabsstelle Planung und Mobilität, wenden und dann eine Rückmeldung geben.

2. Projektauftrag „NRW hält zusammen für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung“

Frau Brehmer weist auf eine Vorankündigung zum Projektauftrag „NRW hält zusammen für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung“ hin und fragt nach, ob der Kreis Unna eine Teilnahme beabsichtige.

Herr Göpfert äußert, dass der Projektauftrag an die Wohlfahrtspflege sowie die Träger der Kindertageseinrichtungen in Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede gerichtet worden sei. Zunächst werde auf Ideen aus diesen Richtungen gewartet. Überlegungen, als Kreis Projekte zu realisieren, gebe es zurzeit nicht. Der Projektauftrag sei so gestaltet, dass der Kreis Unna über die Verteilung der Mittel bestimmen müsse. Es wäre schwierig, das richtige Projekt auszuwählen, denn im Zweifel könne das eigene Projekt bevorzugt werden.

3. Neues Alten- und Pflegegesetz 2014

Herr Göpfert teilt mit, dass es zu dem im Herbst 2014 beschlossenen Alten- und Pflegegesetz eine Durchführungsverordnung gebe. Diese Verordnung befände sich im Revisionsverfahren. Sie müsse um Regelungen zur Bedarfsausschreibung von festgestellten Bedarfen im Rahmen der Pflegeplanung ergänzt werden, um damit zu einer diskriminierungsfreien, transparenten Bedarfsbestätigung zu kommen. Der Kreis werde als Anbieter auftreten und die im Pflegebedarfsplan errechneten Plätze bis 2018 offensiv einwerben. Der Landrat habe im April zu diesem Entwurf negativ Stellung genommen und klargestellt, dass der Transparenz damit Genüge getan worden sei, dass die Pflegebe-

darfsplanung unter großer Beteiligung der Öffentlichkeit entwickelt und nach Beschluss im Amtsblatt öffentlich bekannt gemacht werde. Die kommunalen Spitzenverbände hätten zur Änderung der Verordnung ebenfalls eine negative Stellungnahme gegenüber dem Land abgegeben. Das Verfahren sei noch offen, solle wohl auch politisch beraten werden, aber zunächst sei ein Ergebnis abzuwarten.

4. Vertragsverlängerung mit den Trägern der Kontaktstellen

Herr Göpfert teilt mit, dass der Vertrag mit den Trägern der Kontaktstellen verhandelt sei. Er sehe eine Laufzeit bis zum 31.12.2016 vor. Die Unterzeichnung werde in Kürze erfolgen.

5. Vertragsverlängerung mit der Frühförderstelle

Herr Göpfert teilt mit, dass der Vertrag mit der Frühförderstelle Mitte des Jahres auslaufe. Beabsichtigt sei eine inhaltsgleiche Verlängerung bis zum 31.12.2015, da eine Neufassung bis Mitte des Jahres aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich sei. Diese Entscheidung schade weder der Frühförderstelle noch dem Kreis Unna, da die Mittel im Haushalt bereit stünden.

6. Rückforderung von Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket

Herr Göpfert teilt mit, dass der Bund 2014 vom Kreis Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zurückgefordert hätte. Diese Mittel habe der Kreis vorsorglich zurückgestellt. Zwischen Bund und Land hätte Dissens bestanden, ob die Rückforderung der Mittel rechters sei. Letztlich sei durch das Bundessozialgericht entschieden worden, dass der Bund die Mittel zu Unrecht zurückfordere. Das bedeute, dass der Kreis diese Mittel, zuzüglich einiger Zinsen, für April zurückbekommen hätte. Das mache ein Volumen von 1,805 Millionen Euro aus. Davon entfielen 1,75 Millionen Euro auf die eigentliche Forderung die zurücküberwiesen worden sei. Dem Kreis stünden zusätzlich Verzugszinsen von 48.000 Euro zu. Zwischenzeitlich sei das Geld auch beim Kreis angekommen.

7. Ansatz Modellhafte Sozialarbeit

Frau Chur teilt mit, dass es den Ansatz Modellhafte Sozialarbeit gebe. Es handele sich um einen Topf mit 5.100 Euro. Initiativen auf ehrenamtlicher Basis würden sich sicher über einen Zuschuss freuen. Sie bittet um entsprechende Nachfragen bei Vereinen, Parteien usw., damit eine Förderung erfolgen könne, denn der Topf sei 2014 nicht angerührt worden.

8. Veranstaltung zum Asylrecht am 09.05.2015

Herr Bangert teilt mit, dass am Samstag, 09.05.2015, in Kamen eine Veranstaltung zum Thema „Asylrecht“ stattgefunden hätte. Unter anderem hätte Herr Landrat Makiolla eine Rede gehalten. Diese gut gelungene Veranstaltung werde fortgesetzt am 10.06.2015 mit dem Thema „Eingliederung in das deutsche Asylverfahren“ und einem Referenten aus Lünen. Weitere Veranstaltungen folgten und sie dienten dazu, Ehrenamtliche und Hauptamtliche zu qualifizieren.

Anlagen

1. Präsentation „Pflege- und Wohnberatung im Kreis Unna“, Bericht Frau Lehmann
2. Präsentation „Modellprojekt Schulbegleiter“, Bericht Frau Landskron und Frau Hoer

gez. Birgit Scholz
Schriftführerin

ges. Angelika Chur
Vorsitzende